

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Helmut Möhle (ab 15:55 Uhr)
Ausschussmitglied Kerrin Volkmann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Al-Chafia Hammadi
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis (bis 15:55 Uhr)

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Irina Moriß-Kappes

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Christian Ressel

Mitglied Die Linke

beratendes Mitglied Florian Wiese

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes (bis TOP 4.3)

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Peter Albers
Fachbereich 50 Catharina Raabe
Pressesprecherin Julia Muth

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Sabine Gastmann
beratendes Mitglied Andreas Lang
beratendes Mitglied Uwe Wessels

als Gast

Monika Gatz (Koordinatorin des Familienzentrums Süd)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.11.2016
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Vorstellung der Räumlichkeiten des Familienzentrums Süd
 - 4.2 Erste Vorstellung der Aufgaben im Fachbereich Soziales
 - 4.3 Erste Vorstellung der Aufgaben im Gesundheitsamt

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hammadi, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.11.2016

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.11.2016, Nr. 8/2016, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Vorstellung der Räumlichkeiten des Familienzentrums Süd

Frau Monika Gatz, Koordinatorin des Familienzentrums Süd, begrüßte alle Anwesenden im neuen Gebäude des Familienzentrums Süd am Banter Markt, welches im Juni 2016 bezogen wurde.

Diese Einrichtung ist eines von vier Familienzentren in Wilhelmshaven. Es steht unter der Trägerschaft des SOS Kinderdorf e.V. in Kooperation mit der GPS.

Das Haus ist Anlaufstelle und Treffpunkt für Kinder, Jugendliche und Familien. Die Zielsetzung ist die Beratung und Unterstützung in Erziehungsfragen und bei sonstigen Problemen.

Die Besucher kommen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen. Zu den Angeboten gehören z.B. Elterncafés, Spiel- und Sporttreffs sowie verschiedene Beratungsmöglichkeiten. Bereits vor der Flüchtlingswelle wurden Kurse angeboten, die insbesondere Familien mit Migrationshintergrund ansprechen sollen.

Anhand von Fallbeispielen berichtete Frau Gatz von ihrer täglichen Arbeit.

Das Familienzentrum steht in engem Kontakt zu anderen Beratungsstellen, wie z.B. Wendepunkt, Familienhebamme und die freien sozialen Dienste, mit denen im Bedarfsfall auch gemeinsame Beratungsgespräche stattfinden können. Diese werden je nach Einzelfall im Familienzentrum oder auch bei den jeweiligen Beratungsstellen/Behörden durchgeführt.

Einmal wöchentlich tagt das Sozialraumgremium im Familienzentrum. Mitarbeiter/Innen des Jugendsozialdienstes des Jugendamtes, des Wendepunktes, der Freien sozialen Dienste, des Familienzentrums, der Schulsozialarbeit und Streetworker arbeiten dort gemeinsam an Problemlösungen.

Die enge Zusammenarbeit innerhalb des Sozialraumes/Stadtteils ermöglicht eine schnellere, umfassende und unkomplizierte Arbeitsweise.

Mit dem Krähenbusch, den Kindertagesstätten, der Grundschule Stadtmitte und der Hafenschule werden gemeinsame Projekte und Aktionen durchgeführt. Auch mit dem Mehrgenerationenhaus in Bant werden gemeinsame Aktivitäten und Kooperationen angestrebt. Durch die unterschiedlichen Zielgruppen kann man sich bedarfsgerecht sinnvoll ergänzen.

Die Besichtigung der Räumlichkeiten fand im Anschluss an die Sitzung statt.

4.2 Erste Vorstellung der Aufgaben im Fachbereich Soziales

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) gab Herr Sieberns zunächst einen groben Überblick über den organisatorischen Aufbau und den Haushalt (Aufwendungen und Erträge) des Fachbereich Soziales.

Anschließend stellte Herr Albers als Abteilungsleiter „Sonstiges Sozialwesen“ diesen Bereich vor.

Die meisten Aufwendungen des Fachbereiches entstehen in der Eingliederungshilfe. Diese Hilfeart kümmert sich um die Belange behinderter Menschen und solcher, die von einer Behinderung bedroht sind.

Bei der Hilfe zur Pflege gab es zum Jahreswechsel durch die Pflegestärkungsgesetze 2 und 3 einige Neuerungen, die sich im Laufe des Jahres noch auf die Fallzahlen auswirken können.

Die Hilfen in besonderen Lebenslagen werden ebenfalls nach dem SGB XII geleistet. Neben diesen Leistungen gibt es noch Fälle nach Spezialgesetzen. Nach dem StRehaG erhalten Bürger, die Opfer von rechtsstaatswidrigen Strafverfolgungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR geworden sind, einen Betrag i.H.v. 300,00 € monatlich.

Danach stellte Frau Raabe als Abteilungsleiterin „Allgemeines Sozialwesen“ diesen Bereich vor.

Bei den Aufgaben des allgemeinen Sozialwesens gibt es drei Schwerpunkte. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden an Flüchtlinge gezahlt, über deren Asylantrag noch nicht entschieden ist. Hier gab es im März 2016 einen Höchststand an Leistungsempfängern von über 1200 Personen. Aktuell liegt die Zahl bei 654 Personen. Der überwiegende Teil stammt aus den Ländern Irak, Afghanistan, Syrien und Serbien. Etwa 1/3 von ihnen sind minderjährig.

Die anderen Leistungsempfänger sind entweder mittlerweile anerkannt und somit zum Jobcenter bzw. zur Hilfe zum Lebensunterhalt/Grundsicherung gewechselt oder müssen wegen Ablehnung des Asylantrages das Land wieder verlassen.

Im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt werden zurzeit 263 Personen unterstützt. Bei der Grundsicherung liegt die Zahl der Leistungsempfänger bei über 1200. Diese Zahl ist weiter steigend, auch eine Zunahme bei den Personen mit psychischen Erkrankungen sei erkennbar.

Zu den Bereichsübergreifenden Stellen sagte Frau Raabe, dass auch bei der Zahl der eingelegten Widersprüche eine steigende Tendenz zu verzeichnen sei.

Der Prüf- und Beratungsdienst wird in Anspruch genommen, wenn ein Sachverhalt nicht nach Aktenlage entschieden werden kann und somit ein Hausbesuch notwendig werde.

Zuletzt stellte Herr Albers in Vertretung für den Abteilungsleiter Herrn Hegeler den Bereich „Bundesleistungen“ vor.

Bei diesen Leistungen wird nur die Bearbeitung durch die Stadt Wilhelmshaven vorgenommen. Die Auszahlung der Gelder erfolgt jedoch direkt vom Land bzw. Bund.

Es gibt daher für diese Hilfen keine Abbildung als Transferleistungen im Haushalt der Stadt.

4.3 Erste Vorstellung der Aufgaben im Gesundheitsamt

Herr Dr. Rübsamen stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) die Aufgaben und Tätigkeitsfelder des Gesundheitsamtes vor.

Die gesetzlichen Grundlagen hierfür bilden das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) und das Niedersächsische Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD).

Im NGöGD sind die Aufgaben sehr allgemein gefasst, sodass hier genügend Spielraum für die Setzung eigener Schwerpunkte ist.

Die Kosten für die Aufgabenwahrnehmung des Gesundheitsamtes werden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches abgegolten. Für den Hafenärztlichen Dienst mit der Aufgabenerfüllung nach Internationalen Gesundheitsvorschriften gibt es einen zusätzlichen Festbetrag, der auch kostendeckend sei.

Bei der Vorstellung der Mitarbeiterzahlen gab Herr Dr. Rübsamen zu Bedenken, dass das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei 51,5 Jahren liege. Im Bereich der Hygienekontrolle werde daher bereits jetzt bedarfsgerecht ausgebildet.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:35 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in